



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Dr. Gerhard Hopp, Kerstin Schreyer, Alex Dorow, Dr. Stefan Ebner, Karl Freller, Sebastian Friesinger, Andreas Kaufmann, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Jenny Schack, Josef Schmid, Steffen Vogel, Peter Wachler und Fraktion (CSU)

Steigende Sprit- und Energiepreise infolge des Iran-Krieges abfedern – Bürger und Wirtschaft effektiv entlasten!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die anhaltenden geopolitischen Spannungen und die daraus resultierenden Verwerfungen auf den Energie- und Rohstoffmärkten weiterhin zu erheblichen Belastungen für Unternehmen und private Haushalte, insbesondere in den Bereichen Mobilität und Wärme, führen.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine kartellrechtliche Überprüfung der aktuellen Sprit- und Energiepreise einzusetzen, wie dies vom bayerischen Ministerpräsidenten angekündigt wurde.

Der Landtag stellt fest, dass es Ziel der zu ergreifenden Maßnahmen sein muss, dass sich Entlastungen für Pendler, Handwerk, Logistik und mittelständische Unternehmen ergeben. Insbesondere für den Flächenstaat Bayern ist die Bezahlbarkeit von Mobilität im ÖPNV, SPNV und Individualverkehr von essenzieller Bedeutung, damit gerade ländliche Regionen nicht abgehängt werden.

Sollten die kartellrechtliche Überprüfung und weitere kurzfristige Maßnahmen nicht zu einer Verbesserung der Situation für die Verbraucher führen, wird die Staatsregierung aufgefordert, sich beim Bund und der EU für weitere Maßnahmen einzusetzen, welche die Sprit- und Energiepreise für Verbraucher und Unternehmen langfristig senken.

Begründung:

Die anhaltenden und sich derzeit verschärfenden geopolitischen Spannungen und die daraus resultierenden Verwerfungen auf den Energie- und Rohstoffmärkten führen weiterhin zu erheblichen Kosten- und Planungsunsicherheiten für Unternehmen. Besonders betroffen sind energie- und transportintensive Branchen, das Handwerk sowie kleine und mittlere Unternehmen, die steigende Energie- und Logistikkosten kurzfristig nur sehr begrenzt kompensieren können. Die Mehrfachbelastungen wirken entlang von

Wertschöpfungsketten, erhöhen den Preisdruck und schwächen die Wettbewerbsbedingungen des Wirtschaftsstandorts.

Daher ist in einem ersten Schritt eine kartellrechtliche Überprüfung nötig. Wenn diese und weitere kurzfristige Maßnahmen nicht die gewünschten Effekte erzielen, ist in einem zweiten Schritt über langfristige Maßnahmen zur dauerhaften Senkung der Sprit- und Energiepreise nachzudenken, um Verbraucher und Unternehmen gleichermaßen zu entlasten.